

2
80

Union in Deutschland

Bonn, den 17. Januar 1980

Franz Josef Strauß:

Entspannung muß unteilbar sein

Der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan ist eine Folge eines Zuviel an falscher Entspannungspolitik. Und deshalb eines Zuwenig an richtiger Entspannungspolitik. Entspannung muß geographisch innerhalb zusammenhängender Zeiträume unteilbar sein, erklärte Franz Josef Strauß auf dem Sicherheitspolitischen Kongreß der CDU in Bonn (11./12. Januar 1980).

Wir müssen jetzt dafür sorgen, daß in europäischer Solidarität und in transatlantischer Gemeinsamkeit die Sicherheitsgrundlagen des Friedens und der Freiheit in der Welt durch unseren Beitrag gewahrt werden;

— wir müssen unserem Volke sagen, daß Wohlstand, Freiheit, Sicherheit und Friede keine selbstverständlichen Geschenke sind;

— jede Sicherheitspolitik kann nur aufgebaut sein auf dem breiten Konsensus der Bürger in unserem Land.

Mit dem Sicherheitspolitischen Kongreß — dem mit rund 1 000 Teilnehmern größten Kongreß, der bisher im Bonner Konrad-Adenauer-Haus stattgefunden hat — hat die politische Arbeit der Union im Wahljahr 1980 begonnen. Ausführlich diskutierte der Kongreß auch die Probleme, denen die

(Weiter auf Seite 2)

■ WORTLAUT

Auszüge aus der Rede von Franz Josef Strauß vor dem Sicherheitspolitischen Kongreß in Bonn
Seiten 2—8

■ KOALITION

Ohrfeige für Rau — Köpplers Antwort auf den NRW-Juso-Kongreß
Seite 9

■ GRÜNE

Kommunisten durch die Hintertür
Seite 9

■ BUNDES- REGIERUNG

Mißwirtschaft auf Kosten der Steuerzahler
Seite 11

■ CDA-KONGRESS

Ohne Wenn und Aber mit Franz Josef Strauß
Seite 13

■ DOKUMENTATION

Dokumente der Kurzsichtigkeit und Unzuverlässigkeit — Analyse der Beschlüsse des SPD-Parteitag in Berlin
grüner Teil

■ ÖFFENTLICH- KEITSARBEIT

Argumente '80 — Zusammenstellung aller vorhandenen Broschüren und Argu-Karten mit kurzer Inhaltsangabe als Vorbereitung für den Wahlkampf
rosa Teil

Bundeswehr in den 80er Jahren ausgesetzt ist. Fragen wie territoriale Verteidigung und Reservistenkonzeption, Zivilverteidigung, Wehrgerechtigkeit und Kriegsdienstverweigerung sowie Bildung und Ausbildung in den Streitkräften wurden ausführlich behandelt.

Es gibt keine andere Politik als die des Friedens

In seiner Rede vor dem Sicherheitspolitischen Kongreß sagte Franz Josef Strauß u. a. (Wortlaut-Auszüge).

Es gibt keine andere Politik als die des Friedens, aber es gibt einen Unterschied. Ich bin ein Verantwortungsethiker und kein Gesinnungsethiker. Ich bin ein Verantwortungspazifist und kein Gesinnungspazifist. Für mich ist Gewaltanwendung kein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele.

In meinen unzähligen Reden im Bundestag und in der Öffentlichkeit habe ich viele hundert Mal erklärt, daß wir auch das Ziel der deutschen Einheit, auf das wir einen völkerrechtlichen Anspruch haben, niemals mit gewalttätigen Mitteln, niemals durch Einsatz militärischer Mittel anstreben oder erreichen wollen.

Es ist aber ein großer Unterschied, ob man einen Unrechtszustand hin- nimmt, weil man ihn nicht ändern kann und mit gewaltsamen Mitteln auch nie ändern will, oder ob man diesen Unrechtszustand feierlich legiti- miert, sanktioniert und das noch als höhere Weisheit der Entspannungspolitik und des sicheren Friedens aus- gibt.

Die Entspannungspolitik ist um so wirk- samer, um so glaubwürdiger, um so geschichtlich realistischer, je weniger man sie wie ein theologisches Dogma oder eine mystische Erleuchtung be- handelt.

Der Inhalt der Entspannungspolitik kann nicht von einem Teilnehmer des Entspannungsprozesses allein definiert oder diktiert werden. Was Entspannung ist und was sie nicht ist, was der Ent- spannung nützt und was der Entspan- nung schadet, das kann nur im Einver- nehmen festgelegt werden.

Die Aufregung über den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan ist auch nicht größer als die Aufregung damals über den Einmarsch in Prag. Und wer sollte die Sowjets veranlassen, diesmal zu glauben, daß der Ärger, die Verurteil- ung und die Empörung in der Welt länger anhalten würden, als sie damals nach dem 21. August 1968 angehalten haben.

Damals haben Willy Brandt und der Kreis der Ingenieure dieser neuen Ostpolitik unserer Sicherheit einen verhängnisvollen Dienst erwiesen, in- dem sie schon ein Jahr später den Einmarschierern in Prag höchsten moralischen und reputativen Kredit in der Welt gegeben haben, den man ihnen überhaupt geben konnte.

Ich sage dies ohne jeden Vorwurf, ohne jedes Ressentiment, ich sage es nur mit der herzlichen Bitte zu lernen aus dem, was geschehen ist. Denn das Kriterium einer politischen Entscheidung darf nicht der erwartete Erfolg bei den Mas- senmedien und der Erfolg beim Zeit- geist sein. Der richtige Maßstab ist viel- mehr die wirklichkeitsnahe Beurteilung der mit einer solchen Politik eintreten- den Folgen.

Die Gründe für den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan

Die Sowjetunion hat seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges offensichtlich keine so schlechte Ernte mehr gehabt wie heute. Die Sowjetunion befindet sich — ich sage nicht vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, man soll sich vor solchen Übertreibungen hüten — in einer ernstesten Wirtschaftslage. Die Sowjetunion ist mehr denn je auf wirtschaftliche Kooperation und auch (siehe Getreidelieferungen!) auf Käufe in der Welt angewiesen. Ihre wirtschaftliche Lage ist alles andere als rosig.

Da fragt man sich doch, ja warum dann der Einmarsch in Afghanistan? Wenn es noch der Einmarsch in ein Weizenüberschußland wäre, dann könnte man sagen, das dient der Sicherung der eigenen Ernährungsbasis. Afghanistan produziert auch kein Öl. Nur grenzt Afghanistan an die ölreichen Gebiete an.

Aber das militärische Unternehmen in Afghanistan belastet auch die Wirtschaft der Sowjetunion, belastet die Ernährungslage der Sowjetunion. Trotzdem hat sich die Führung der Sowjetunion für diese Aktion entschieden.

Daraus sollte man endlich einmal die Schlußfolgerung zu ziehen lernen, daß für kommunistische Machthaber die Erfüllung ihrer machtpolitischen Ziele eine vorrangige, dominierende Priorität hat. Vor allen Dingen dann, wenn sie glauben, daß die Aufregung in der Welt sich sehr schnell wieder legen wird.

Und man sollte endlich einmal zur Kenntnis nehmen, daß auch das System

in der DDR, das System in Polen, das System in der Tschechoslowakei ihren machtpolitischen Zielen und ihren politischen Prioritäten den Vorrang einräumen vor allen wirtschaftspolitischen Überlegungen, es sei denn, daß sie durch die Macht der Tatsachen gezwungen werden, die Prädominanz ihrer machtpolitischen Ziele hinter ihre wirtschaftliche Existenz zurückstellen zu müssen.

Die Irrtümer von Brandt und Schmidt

Willy Brandt erklärte, der Einmarsch in Afghanistan beweise, daß es zuwenig an Entspannung gegeben habe, nicht zuviel. Ich möchte mich hier nicht mit ihm auseinandersetzen. Es scheint mir kein intellektuelles Experiment wert zu sein.

Der Einmarsch in Afghanistan ist eine Folge eines Zuviel an falscher Entspannungspolitik. Und deshalb auch eines Zuwenig an richtiger Entspannungspolitik. Entspannung muß geographisch innerhalb zusammenhängender Zeiträume unteilbar sein. Es gibt keine Teilbarkeit.

Ich bin entsetzt über die Oberflächlichkeit des Bundeskanzlers. Er vertritt Argumente, wie andere sich die Füße vertreten. Er wechselt von einem Argument zum anderen. Ich habe ihn in der Bundestagsdebatte vor dem Beginn der Konferenz von Helsinki angegriffen, weil er gesagt hat, Afrika geht uns nichts an, dort ist keine Entspannung vereinbart, aber in Europa ist sie vereinbart und da funktioniert sie auch schon.

Das ist die typisch binnenländische, kontinentale Verengung des Horizonts: nicht zu begreifen, daß wir eingespannt sind in einen kontinentalen, aber auch in einen transkontinentalen und interna-

tionalen Prozeß. Daß jede deutsche Sicherheitspolitik ihren Einzugsbereich, ich meine nicht ihre Truppen, aber ihren geistigen, ihren politischen, ihren historischen, ihren militärischen Bewertungsbereich global ausdehnen muß und nicht auf das Stückchen zwischen Lübeck und Passau verengen darf.

Darin liegt nicht die versteckte Aufforderung zur Gründung eines Afrikakorps.

Aber wer in der Welt regt sich eigentlich über das Afrikakorps Honnekers auf? Es stehen Tausende von Soldaten deutscher Nation, deutscher Zunge mit der falschen Kokarde, nämlich mit Hammer und Sichel, im Südjemen, in Äthiopien, sie stehen in Mozambique, in Angola und noch in manchen anderen Ländern. Wenn die von der gesamten westlichen Welt als demokratisch anerkannte Bundesrepublik Deutschland nur eine Kompanie Polizei aus Freiwilligen hinschicken würde, die Welt würde aufschreiben vor Entrüstung und Empörung.

Die Sowjetunion muß nach ihrem militärischen Potential beurteilt werden

Herbert Wehner hat den Charakter der sowjetischen Rüstung als defensiv und friedlich bezeichnet. Er hat auch in der Bundeswehr einige — beinahe hätte ich gesagt, Standartenkommandeure — gefunden, die sich in seinem Geiste äußerten.

Wenn ich primitiv wäre, das meinen nur manche, ich bin es aber nicht, dann würde ich hier auf einen Schelm den anderen setzen und sagen, die sowjetische Rüstung hat nur den Zweck,

einen dritten Weltkrieg vorzubereiten. Sie ist aggressiv, sie ist kriegerisch, sie ist präventiv kriegsorientiert. Eine solche Aussage kam nie aus meinem Munde und wird nicht aus meinem Munde kommen.

Nach welchen Kriterien muß die sowjetische Rüstung beurteilt werden? Insbesondere nach ihrem Potential. Das Potential der sowjetischen Rüstung hat sich im Laufe der Entspannungspolitik gewaltig verändert. Eigentlich ein merkwürdiger Prozeß.

Wer erlaubt denn eigentlich den Herren Brandt und Schmidt, Wehner und Bahr zu sagen, der Friede sei sicherer geworden, wenn der Partner des Entspannungsprozesses — von niemandem bestritten — seine Rüstung in beschleunigtem Tempo und unter besonderer Bevorzugung der offensiven Komponenten in diesen zehn Jahren zu einer Übermaschinerie ausgebaut hat, die mit den militärischen Sicherheitsbedürfnissen des eigenen Landes und des eigenen Bündnisses nichts mehr zu tun hat. Gut, ich räume ein, daß die Russen, ich rede jetzt nicht von den Sowjetrussen, daß die Russen immer in der Furcht vor Einkreisung lebten, daß sie immer mißtrauisch waren, daß das Gefühl der Unsicherheit immer eine der Grundkomponenten auch ihrer politisch-militärischen Verhaltensweisen war.

Das Eigenartige ist, daß sie natürlich dieses Sicherheitsproblem auch dann noch haben werden, wenn sie nicht mehr an der Elbe, sondern am Rhein stünden, und auch dann noch haben würden, wenn sie statt am Rhein am Atlantik stehen würden. Und daß sie dann ihre Sicherheitsüberlegungen auf den Nachbarn jenseits des Atlantiks ausdehnen würden.

Es gibt welche, die durch Eroberungskriege immer kleiner werden,

und andere, die durch reine Verteidigung immer größer werden. Das gehört sozusagen zu den besonderen Pikanterien oder Treppenwitzern der Weltgeschichte. Die Sowjetunion hat ihre Rüstung gewaltig ausgebaut, aber es ist auch interessant zu sehen, in welcher Zusammensetzung.

Die Offensivkomponenten der Streitkräfte zu Land, zur Luft und zur See sind besonders verstärkt worden. Die Sowjets haben mit der ihnen unter SALT I zugestanden strategischen Parität mehr verstanden als sich die Amerikaner ursprünglich vorstellten. Die Amerikaner dachten — aus gutem Grunde —, daß sie die strategische Parität in den Nuklearwaffen nicht verhindern könnten. Aber die Sowjets haben, als Washington dem zustimmte, damit zugleich auch zielstrebig die Gleichheit in der weltpolitischen Präsenz politisch wie militärisch verbunden.

Eiskalte strategische Planer und Rechner

Das Potential erlaubt den Sowjets heute alle militärischen Optionen, angefangen von einem Unternehmen wie Afghanistan bis zu Unternehmungen über Tausende von Kilometern hinweg. Die Verteilung ihrer Depots in befreundeten Ländern und die wachsende Langstrecken-Transportkapazität führt dazu, daß sie von ihren Truppen nur die Mannschaften hinüberzufliegen brauchen, um sie dann in vielen Orten der Welt mit dem dort vorhandenen Gerät in Kürze einsatzfähig zu machen.

Die Sowjetunion hat damit alle militärischen Optionen, auch bis zum großen Krieg. Der Ausbau der Zivilverteidigung mit einer unglaublich geringen Ver-

wundbarkeit in ihrem Riesenreich und die skandalöse Vernachlässigung der Zivilverteidigung in der dichtestbevölkerten Bundesrepublik Deutschland ist ein weiteres Zeichen einer falsch verstandenen Entspannungspolitik.

Ich habe nicht gesagt, die Sowjets wollen den dritten Weltkrieg. Ich werde es auch in Zukunft nicht sagen, es sei denn, die Tatsachen widerlegen mich. Die Sowjetunion hat ja nicht eine Führung, die aus abenteuerlustigen Verbrechern mit psychiatrischen Effekten besteht, wie es in der Führung des Dritten Reiches gerade vor dem Krieg und während des Krieges der Fall war, sondern das sind eiskalte strategische Planer und Rechner. Und sie setzen bestimmt Gewalt nicht ein, wenn sie andere Mittel haben, um ihre machtpolitischen Ziele durchzusetzen.

Ich bin kein Befürworter irgendwelcher weltpolitischer Abenteuer. Aber ich kann auch nicht einfach, unabhängig davon, ob ich Kanzler werde oder nicht, als verantwortlicher Politiker die Augen davor verschließen, daß unsere Lebenslinien bedroht und zum Teil abgeschnitten werden durch eine globale, langfristig und weiträumig angelegte Machtstrategie.

Darum ist Entspannung geographisch unteilbar, und darum ist natürlich auch in der Bewertung der sowjetischen Rüstung die Frage der langfristigen strategischen Ziele nicht zu vergessen. Wir würden eines Tages aus unserem Traumschlaf bitter geweckt werden, wenn wir das vergessen würden.

Es hat keinen Sinn, immer nur zu sagen, die Amerikaner, die Amerikaner, die Amerikaner... Die Amerikaner können sich auf lange Zeit mit Energie und mit Rohstoffen notdürftig selbst versorgen. Wir können es nicht einmal kurze

Zeit. Die Amerikaner sind weniger verwundbar, sind weniger abhängig, sind weniger verletzbar, sind weniger erpreßbar als wir.

Die USA müssen sich auf uns Europäer verlassen können

Wenn wir den Amerikanern in der, im großen und ganzen gesehen, unteilbaren Sicherheitsproblematik die kalte Schulter zeigen, dann werden wir erleben, daß wir in der Stunde der Not ganz mutterseelenallein dastehen werden. Wir Deutsche, wir Europäer, alle.

Ich gehöre zu denen, die immer für mehr Unabhängigkeit von den Amerikanern plädiert haben, seit 15 Jahren ist das der Fall, daß wir nicht ewig an den amerikanischen Rockschoßen hängen sollten, nicht alles von den Amerikanern verlangen sollten. Sie beschimpfen, sie anrempeln, aber gleichzeitig von ihnen jedes Risiko zu unseren Gunsten verlangen, das geht nicht.

Wenn wir die USA in einer Stunde ihrer Not im Stich lassen und sagen, jetzt können wir vielleicht im trüben fischen, dann werden wir das bezahlen, nicht nur auf Heller und Pfennig, sondern mit Zins und Zinseszinsen. Und deshalb gibt es heute nur eine Politik der vollen Solidarität zwischen den Europäern und zwischen Europa und den Vereinigten Staaten.

Man kann Fehler der Steuerpolitik, Fehler der Haushaltspolitik, Fehler der Sozialpolitik, Fehler der Kartellpolitik immer wieder ausgleichen. Fehler der Innenpolitik lassen sich im allgemeinen, wenn auch über einen längeren Zeitraum hinweg und unter Umständen mit erheblichen materiellen Anstrengungen, ebenfalls wieder ausgleichen.

Fehler in der Außenpolitik lassen sich entweder nie mehr ausgleichen oder nur in sehr langen Zeiträumen. Hier nützt Tageslob, Tagesgefälligkeit und Tagesruhm überhaupt nichts. Außenpolitische Fehler werden nicht am nächsten Tag, nicht im nächsten Jahr, auch nicht im nächsten Jahrfünft offenkundig, sie werden oft erst bewußt nach 10, 20, 30, 40, 50 Jahren.

Ursachen der Katastrophen liegen lange vor ihrem Ausbruch

Der Bruchpunkt für den ersten Weltkrieg liegt noch im Ende des 19. Jahrhunderts. Der Bruchpunkt zum zweiten Weltkrieg liegt lange vor dem 1. August 1939. Es hätte auf dem Wege vom Bruchpunkt bis zum Ausbruch der Katastrophe immer wieder unzählige Gelegenheiten gegeben, entweder Ver säumnisse zu vermeiden, keine Fehler zu begehen oder richtige Entscheidungen zu treffen, um dadurch die Fortsetzung des Weges bis zur Explosion zu verhindern.

Und deshalb müssen wir uns als verantwortliche Politiker die Frage stellen, wo stehen wir denn heute? Die Geschichte hat doch nicht nach dem zweiten Weltkrieg aufgehört. Dieses Gerede, der Friede sei sicherer geworden, ist gefährlich. Jeder Dritte in der Bundesrepublik glaubt heute, daß es in absehbarer Zeit einen Krieg geben kann, vor Weihnachten war es noch jeder Fünfte. Das wird wieder abebben.

Ich bin sogar überzeugt, daß die Sowjetunion eine große Friedens- und Abrüstungsoffensive ergreifen wird, um damit die Empörung über Afgha-

nistan zu überspielen und damit die Welt wieder zu einer Rückkehr zur normalen Schläfrigkeit zu bewegen; und dann wird eines Tages ein weiterer Schritt kommen.

Wir brauchen eine globale Strategie, die auch alle wirtschaftlichen, politischen, psychologischen und sonstigen Mittel einsetzt, um den Führern der Sowjetunion klarzumachen, daß sie auf einem Wege sind, auf dem es einen point of no return (einen Punkt, an dem es kein Zurück mehr gibt) geben wird. Einen Punkt, von dem an die Teufelsautomatik des Verhängnisses nicht mehr aufzuhalten sein wird.

Ein offenes Gespräch mit Breschnew

Ich habe dies auch in einem sehr gut verlaufenen Gespräch mit Herrn Breschnew bei dessen Besuch in Bonn im Mai 1978 gesagt. Warum bauen Sie Konfliktpotentiale in Afrika auf? Der Export von Waffen und der Export von Ideologien schafft doch dort Kriege. Darum warne ich Sie. Wir wollen doch alle den Frieden. Hatte er mich zuerst beschwörend auf den Frieden angesprochen und gesagt, der Friede ist doch nicht gefährdet, antwortete ich ihm: Entlang der Demarkationslinie zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ist der Friede gefährdet, weil er überall dort gefährdet ist, wo Konfliktpotentiale in der Welt aufgebaut werden.

Wir haben Sorge, daß auch durch Fehleinschätzungen Explosionen entstehen können. Bei aller Kritik an der angeblichen Schlafmützigkeit oder Gemächlichkeit oder Entscheidungsunfähigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika — nicht meine Worte, aber die Wiedergabe der Schlagworte, die gebraucht

werden — soll man nicht vergessen, daß es für eine Großmacht eine Grenze gibt, hinter die sie nicht zurückweichen kann.

Das gilt auch für eine demokratische Großmacht. Und wenn sie gezwungen wird, hinter diese Grenzlinien zurückzuweichen, dann gibt sie entweder sich selbst auf oder sie muß zuschlagen. Und beides wäre verhängnisvoll.

Wir wollen weder, daß die Amerikaner uns und sich aufgeben, noch wollen wir, daß durch Fortsetzung des Chaos der westlichen Sicherheitspolitik diese Weltmacht in eine Entscheidung hineingetrieben wird, bei der sie auf einmal zuschlagen muß, um überleben zu können.

Wir müssen wieder lernen, geschichtlich zu denken

Es wird Zeit für uns, daß wir wieder lernen, geschichtlich zu denken. Es wird Zeit für uns, daß wir wieder lernen, uns an Tatsachen zu orientieren. Es ist Zeit, daß wir uns nicht an Wunschenken, an Illusionen und an Träumen orientieren.

Der Friede soll angeblich sicherer geworden sein. Der Friede zwischen Passau und Lübeck war seit dem Ende des zweiten Weltkrieges nie ernsthaft gefährdet, trotz Berlin-Blockade und Berlin-Krise. Denn dort, wo die großen Militärpotentiale gegeneinander stehen, mit ihren automatischen Eskalations sicherheiten, die dann einen ganzen Kontinent mit vielen Millionen von Menschen praktisch ausschalten können, hat die Atomwaffe sogar die segensreiche Wirkung, daß der Griff zum Schwert viel schwerer fällt, als er vielleicht im 19.

Jahrhundert bei gleichen Umständen gefallen wäre.

Aber gerade deshalb müssen wir den Mittelmeerraum, die angrenzenden Räume, Naher Osten, Mittlerer Osten, Horn von Afrika, Afrika auch in unsere Überlegungen einbeziehen. Und der Sicherheitsgürtel der NATO hat heute keinen Sinn mehr mit der Begrenzung des nördlichen Wendekreises des Krebses. Wir haben heute andere Sicherheitsregionen.

Und deshalb müssen wir nicht nur den Amerikanern gegenüber volle Solidarität zeigen, sondern wir müssen auch, wenn unsere Bundesgenossen in anderen Regionen der Welt Verpflichtungen haben, Sicherheit zu erhalten, Freiheit zu sichern, Frieden zu bewahren, in Europa die Opferbereitschaft haben, den teilweisen Ausfall dieser Bundesgenossen in der europäischen Sicherheit von uns aus zu ersetzen.

Das dritte kritische Jahrzehnt in diesem Jahrhundert

Das neunte Jahrzehnt wird das dritte kritische Jahrzehnt dieses Jahrhunderts werden. Ich weiß nicht, in wie vielen Dutzenden von Reden ich es seit wie vielen Jahren sage, das zweite Jahrzehnt, das fünfte Jahrzehnt mit den Vorläufern 1939, und das neunte Jahrzehnt, die 80er Jahre, wird das dritte kritische Jahrzehnt sein in diesem Jahrhundert.

Deshalb müssen wir in unserer politischen Arbeit einerseits alles vermeiden, was Angst, Unruhe, Furcht erweckt. Denn Angst, Furcht, Unruhe sind schlechte Ratgeber. Wir müssen aber

auch alles vermeiden, ein traumtänzerisches Sicherheitsbewußtsein zu schaffen oder zu unterstützen.

Mein Hauptvorwurf gegen die Bundesregierungen vom Jahre 1969 an bis heute, das gilt für Brandt wie für Schmidt, und für Schmidt nicht weniger als für Brandt, ist ihr verhängnisvoller Beitrag zur Zerstörung des geschichtlichen Problembewußtseins in Europa. Unsere Menschen haben das Problembewußtsein weitgehend verloren.

Wohlstand, Freiheit und Friede sind keine Geschenke

Aber es sind Politiker, die es versäumen, unserem Volke das Problembewußtsein zu geben, aus dem heraus allein der Friede gesichert werden kann.

Denn jede Sicherheitspolitik kann nur aufgebaut sein auf dem breiten Konsensus der Wahlbürger in unserem Land. Ob CDU oder CSU, ob SPD oder FDP oder andere politische Parteien, spielt hier keine Rolle. Wir brauchen nachher den breiten demokratischen Konsensus zur Erhaltung der Existenz und der Lebensgrundlagen unserer freiheitlichen, unserer humanen, unserer rechtsstaatlichen Gesellschaftsordnung.

Aus diesem Grunde sollen wir den Anruf der Geschichte, den wir jetzt zum zweitenmal bekommen haben, nicht versäumen, sondern jetzt dafür sorgen, daß in europäischer Solidarität und in transatlantischer Gemeinsamkeit die Sicherheitsgrundlagen des Friedens und der Freiheit in der Welt durch unseren Beitrag gewahrt bleiben und daß wir dann am Ende dieses Jahrzehnts sagen können, wir haben euch sicher durch die 80er Jahre geführt.

■ KOALITION

Ohrfeige für Rau

Hätte es noch eines Beweises bedurft, wes Geistes Kind die „SPD der 80er Jahre“ in Nordrhein-Westfalen ist, so lieferte ihn die Landesdelegiertenkonferenz der NRW-Jungsozialisten am vergangenen Wochenende (12. Januar 1980) in Köln, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands, Heinrich Köppler. Und hatte bisher noch jemand nicht den Glauben daran verloren, daß SPD-Landesvorsitzender Ministerpräsident Johannes Rau in seiner Partei vielleicht doch etwas zu sagen hätte, so wurde auch er während dieser Konferenz eines Besseren belehrt.

„Erlaubt und geboten“ sollte es zwar nach Meinung von Rau auf dieser Tagung sein, sich „kritisch“ mit Parteitagsbeschlüssen der eigenen Partei auseinanderzusetzen; aber auf keinen Fall dürfe die Partei „öffentlich bekämpft“ werden.

Rau bekam die Antwort des Parteienwachstums aus dem größten Bundesland postwendend: Das vorsichtige Berliner SPD-Jein zur Kernenergie sei eine „der wesentlichsten Fehlentscheidungen“ der Partei und „grundsätzlich falsch“; überdies betrieben „sozialdemokratische Rüstungsminister“ eine „forcierte Aufrüstung“.

Daß Jungsozialisten so reden und beschließen, war zu erwarten. Auch daß sie „Grüne“ und „Bunte“ — wie zuvor schon die Kommunisten — nicht als Gegner, sondern nur als „Konkurrenten“ betrachten, dafür aber die Unionsparteien als „Feinde“ sehen, paßt zum

vertrauten Bild. Daß es aber einen SPD-Landesvorsitzenden gibt, der es nicht einmal wagt, diesem Unfug öffentlich mit dem gebotenen Nachdruck entgegenzutreten, ist eine neue Erfahrung in der nordrhein-westfälischen Landespolitik.

Ein Bundesland von der Bedeutung Nordrhein-Westfalens hat jedenfalls eine Regierung verdient, die gegenüber offenkundigem Unsinn nicht dem Prinzip der Leisetreterei huldigt, sondern da, wo es geboten ist, Klartext redet. Wer nicht einmal einige Chaoten aus den eigenen Reihen zur Räson rufen kann oder darf, gehört nicht in ein verantwortliches Amt, das diese Demokratie zu vergeben hat.

Kommunisten durch die Hintertür der „Grünen“

Die „Grünen“ haben sich auf ihrer Parteigründungstagung in Karlsruhe ein weiteres Mal als zerstrittene und handlungsunfähige Gruppierung erwiesen. Die chaotischen Begleitumstände der Veranstaltung, die eher an eine Studentenversammlung der 60er Jahre erinnerte, haben den Anspruch der „Grünen“, künftig als ernstzunehmende Partei betrachtet zu werden, nicht glaubwürdiger gemacht. Philipp Jenninger, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, erklärte hierzu:

Dieses Sammelsurium von links- bis rechtsaußen, von Kommunisten verschiedenster Schattierungen, von gescheiterten Systemveränderern, von Feministinnen und Naturschützern wird allein von der Angst vor der Fünfprozenthürde zusammengehalten, die — wenn überhaupt — nur gemeinsam überwindbar scheint. Das zweitägige Gezerre über Satzungsfragen hat noch nicht

einmal im Bereich des Umweltschutzes diskutabile Ergebnisse erbracht — von der umfangreichen Palette anderer, nicht minder bedeutender politischer Fragen ganz zu schweigen. So läßt sich das Verbot von Doppelmitgliedschaften am Samstag und der Beschluß vom Sonntag, wonach die Landesverbände den Übergang zu den neuen Satzungsbestimmungen in autonomer Entscheidung treffen können, nur so deuten, daß die Kommunisten am Samstag zum Portal hinauskomplimentiert und am Sonntag durch ein Hintertürchen wieder heringebeten worden sind.

Um so bemerkenswerter ist, daß für Erhard Eppler trotz allem eine Zusammenarbeit zwischen SPD und „Grünen“ „nicht undenkbar“ ist. Maßgebliche Kräfte in der SPD scheinen also weiter an ihrem Vorhaben festzuhalten, die „Grünen“ für die Zeit „nach der FDP“ zum neuen Koalitionspartner und Mehrheitsbeschaffer aufzubauen.

Die doppelte Moral der Linken

Die Empörung über den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan ist, wie CDU-Sprecher Günther Henrich erklärte, umfassend und weltweit. Auch in der Bundesrepublik Deutschland zeigt man sich einig in der Verurteilung dieses Aggressionsaktes. Sollte man meinen. Wer sich jedoch ein gutes Gedächtnis bewahrt hat, kommt zu erstaunlichen Vergleichen mit früheren Vorgängen dieser Art.

Welch ein Gewimmel von Tribunalen, Demonstrationen, Wandparolen und Protestgesängen zur Zeit des Vietnamkrieges. Unzählige spitze Finger zeigten auch auf Argentinien und auf die dortigen politischen Verhältnisse, als sich Buenos Aires anschickte, die Fußballweltmeisterschaft auszurichten. Judos

und Jusos trugen zusammen mit anderen Linksgruppen ihre Empörung lautstark auf die Straßen und in die Hörsäle. Und jetzt? Betretenes Schweigen allerseits.

Die Protestierer von links haben ihre Transparente weggelegt und streichen sich verlegen über die Marxbärte. Wie schwer sind doch die Bleigewichte an den Füßen, wenn es sich um Vorgänge im Ostblock handelt, die, mit Verlaub, zumindest eine Protestdemonstration wert wären.

Man könnte mit einem Schulterzucken darüberhinweggehen, wenn hier nicht wieder die üble doppelte Moral zum Vorschein kommen würde. Jusos und Judos drücken sich still an der Wand entlang. Das Megaphon bleibt ausgeschaltet.

Radikale als Beamte vom Bund geduldet?

Die CDU/CSU befürchtet Gefahren für die innere Sicherheit, weil sich nach ihrer Ansicht die Bundesregierung bei der Durchführung von Disziplinarmaßnahmen gegen beim Bund beschäftigte aktive DKP-Mitglieder nicht an geltendes Recht hält. In einer Kleinen Anfrage will die Opposition wissen, was die Bundesregierung zu tun gedenke, um das „pflichtwidrige Verhalten“ aktiver DKP- und NPD-Funktionäre zu unterbinden.

Zur Begründung verwies der CDU-Abgeordnete Benno Erhard in Bonn auf die beim Bund, vor allem bei der Post als Beamte beschäftigten „zahlreichen DKP-Funktionäre oder DKP-Mitglieder“, die für ihre Partei öffentlich kandidiert hätten. Damit hätten diese Beamten „eine schwere Dienstpflichtverletzung“ begangen.

■ BUNDESREGIERUNG

Mißwirtschaft auf Kosten der Steuerzahler

Die gigantische Zunahme der Verschuldung des Bundes, die vor zwei Jahren bereits voll absehbar war, hat nicht zu einem sorgfältigeren Umgang mit Steuergeldern geführt. Die für das Jahr 1977 jetzt vom Bundesrechnungshof festgestellten Verfehlungen überschreiten bei weitem das Maß des Erträglichen.

Dank gilt dem Bundesrechnungshof, Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Verwaltung sind für ihn Maßstab, Fehler und Regelwidrigkeit in den Bundesbehörden zu erkennen. Er tut dies mit dem fast gleichen Personalstand wie vor 20 Jahren, obwohl das von ihm überprüfte Personal der Bundesverwaltung in dieser Zeit um 63 % anwuchs und obwohl das Haushaltsvolumen seit 1965 um 219 % zunahm.

Über die vom Bundesrechnungshof festgestellten Sachverhalte können Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen, da diese mit den geprüften Stellen erörtert wurden und da die Bundesminister Gelegenheit hatten, zu den Prüfungsmerkungen Stellung zu nehmen.

Diese Sachverhalte sprechen für sich. Sie sind überzeugend. Hier nur wenige abschreckende Beispiele, zusammengestellt von MdB Johannes Gerster.

Angebliche Notlagen

Nachdem die Kutter- und Küstenfischerei 1975 beim Bundesernährungsmini-

ster vorstellig geworden war, erwirkte dieser außerplanmäßige Ausgaben für wirtschaftliche Notlagen. Zwei mit Zuschüssen bedachte Erzeugerorganisationen waren so in Not, daß sie die Darlehen in Höhe von 203 000 bzw. 238 000 DM sofort verzinslich auf Festgeldkonten anlegten, wo sie sich noch zwei Jahren später befanden. Zwei andere Darlehensnehmer schoben die Mittel in Höhe von 1,96 Mio. DM und 397 000 DM an andere Betriebe weiter, an denen sie beteiligt waren.

Zu hohe Zuschüsse

Der Bund zahlt seit 1976 Zuschüsse an die Krankenkassen, damit diese arbeitslose Jugendliche zwischen 18 und 23 Jahren in die Familienkrankenpflege aufnehmen. Da nicht überprüft wurde, ob die Anspruchsvoraussetzungen im einzelnen vorlagen, erhielten mindestens 10 Krankenkassen um 6 bis 39 % zu hohe Zuschüsse.

Überzahlungen

Beim Bau von Bundesfernstraßen wurden in mindestens fünf Fällen die Abrechnungen über durchgeführte Erdbebewegungen nicht sorgfältig geprüft. Der Rechnungshof stellte fest, daß deshalb Überzahlungen in Höhe von 300 000 DM, 2,5 Mio. DM, 4 Mio. DM, rd. 2 Mio. DM und noch einmal 2 Mio. DM geleistet wurden.

Nicht oder falsch belegte Wohnungen

Der Bund baut für Offiziere und Feldwebel Appartements in Bundeswehrkasernen. Von den überprüften 691 Offizierswohnungen an 22 Standorten waren nur 114 von unterkunftspflichtigen Offizieren und von 547 Feldwebelwohnungen sogar nur 69 von unterkunftspflichtigen Feldwebeln belegt. Der Rest stand frei oder wurde von Personen bewohnt, für die man nicht hätte bauen brauchen.

25 000 DM für einen Hundepplatz

Großzügig verfuhr man auch bei weiteren Bauobjekten. Der Bau eines Wachgebäudes nebst Hundezwinger, das an der Peripherie eines Kasernengeländes zwischen Altbauten errichtet wurde, kostete fast das Doppelte der hierfür veranschlagten Mittel. Die errechneten Kosten für den Platz jedes Hundes betragen 25 000 DM. Erinnert sei, daß nach den Richtlinien für die Studentenwohnraumförderung eine Wohneinheit pro Student nur 21 000 DM kosten darf.

Übersicht verloren

1970 kaufte man eine größere Anzahl von Bomben von einem anderen NATO-Land. Nach fünf Jahren waren 94 Bombenkörper und 68 Leitwerke noch nicht bezahlt, da Unklarheit bestand, wie viele Bomben geliefert waren. Der Auftragspartner erklärte, es sei alles geliefert. Das Bundeswehrbeschaffungssamt konnte zur Aufklärung nichts beitragen. Ermittlungen in den Depots brachten keine neuen Erkenntnisse. Im Mai 1977 wurden plötzlich noch 44 Leitwerke nachgeliefert und bezahlt. Auf die Beanstandung des Rechnungshofes hin ließ der Bundesminister neu ermitteln und teilte mit, bis auf einen Bombenkörper sei alles geliefert, außerdem sei die

Zahlung für 22 Bombenkörper und 9 Leitwerke noch zu leisten. Auf Vorhaltungen des Rechnungshofes ließ der Bundesminister erneut nachforschen und kam zum neuen Ergebnis, daß noch 6 Bombenkörper und Leitwerke zu liefern seien. Nochmalige Ermittlungen führten schließlich acht Jahre nach dem Kauf zu dem endgültigen Ergebnis, daß 3 Bombenkörper zuwenig, dagegen 15 Leitwerke zuviel geliefert und dafür 275 000 DM zuviel gezahlt worden waren.

Teure Fehlplanungen

Vier Flugzeuge wurden von der Bundeswehr für die Flugbereitschaft zum Preis von 3 Mio. DM gekauft und für 2 Mio. DM umgebaut. Dadurch wurden sie zu schwer und ihre Reichweite zu gering. Deshalb wurden sie bereits nach drei Jahren — statt nach den vorgesehenen 15 Jahren — ausgesondert. Zwei gingen unentgeltlich an die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt, zwei wurden nach einer Überholung, die noch einmal 460 000 DM kostete, für 333 000 DM an den Hersteller zurückverkauft.

Nutzloser Werbegag kostet über 2 Mio. DM

Die Bundesbahn hatte sich zum Jahresende 1977 einen besonderen Werbegag einfallen lassen. Alle IC- und TEE-Züge sollten auch an Sonn- und Feiertagen und ohne Zuschlagspflicht fahren. Da auf eine Bedarfsermittlung und Vorkalkulation verzichtet worden war und die Reklame erst drei Tage vorher anliefe, schloß die Aktion mit einem Verlust von 2,2 Mio. DM. Nachprüfungen ergaben, daß das gesamte Reiseaufkommen von den ohnehin verkehrenden Zügen bei einer Ausnutzung von 55 % verkraftet worden wäre.

■ INFORMATION

CDA-Tagung in Mannheim: Ohne Wenn und Aber mit Franz Josef Strauß

Einigkeit und den Willen, gemeinsam die anstehenden Wahlen zu gewinnen, demonstrierten am Samstag, 12. Januar 1980, in Mannheim die CDU-Sozialausschüsse und der Kanzlerkandidat der Union, Franz Josef Strauß. Vor rund 500 Betriebs- und Personalräten aus der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) sicherte Vorsitzender Norbert Blüm dem Kanzlerkandidaten sowie dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth die Unterstützung der Sozialausschüsse zu.

Franz Josef Strauß, der zum ersten Mal seit seiner Aufstellung zum Kanzlerkandidaten vor einer Delegiertenversammlung der Sozialausschüsse sprach, erklärte unter Beifall: „Wenn wir zusammenstehen, können wir gemeinsam den Sieg erringen.“

Die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung und die Wiederbelebung des Leistungswillens in der Bundesrepublik bezeichnete Strauß als wichtigste Ziele bei einer Übernahme der Regierung durch die Union. Er forderte weiter die Rückkehr zu innen- und außenpolitischer Stabilität, die Rückkehr zur bruttolohnbezogenen, berechenbaren Rente, Steuergerechtigkeit und ein „Ende der Ausbeutung der kommenden Generation“.

Norbert Blüm versicherte, die organisierten Arbeitnehmer in der Union würden „ohne Wenn und Aber“ mit Strauß in den Wahlkampf ziehen. Blüms Kritik an der Bonner Rentenpolitik gipfelte in der Forderung, Helmut Schmidt „den

sozialpolitischen Führerschein“ zu entziehen. Arbeitsminister Ehrenberg wurde als „rentenpolitischer Kahlschläger“ bezeichnet. Die Sozialausschüsse halten nach den Worten Blüms an der bruttolohnbezogenen Rente fest. Rentner, die eine „ausreichend hohe“ Rente haben, sollten sich an dem Beitrag zur Krankenversicherung beteiligen. Erneut forderte Blüm auch ein Erziehungsgeld, eine Reduzierung der Schichtarbeit „auf das Unvermeidliche“, die Beseitigung von Ungerechtigkeiten bei Entlohnung und Aufstiegschancen von Frauen sowie angepaßte Arbeitsplätze für die Behinderten. An die eigenen Reihen appellierte Blüm, den Mund aufzumachen, wenn im Betrieb über Politik geredet werde.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth forderte auf der Konferenz von der Bundesregierung ein „solides und gerechtes Konzept zur langfristigen Steuerentlastung der Arbeitnehmer“. Nachdrücklich forderte er eine Steuerkorrektur, welche die Automatik der heimlichen Steuererhöhungen beseitige.

Über eine Million bei der Union engagiert

Die Mitgliederzahl von CDU und CSU sowie der wichtigsten Vereinigungen beider Parteien hat Ende letzten Jahres nach Angaben von Heiner Geißler erstmals die Millionengrenze überschritten. Wie der Generalsekretär mitteilte, hat die CDU jetzt 682 781 Mitglieder und die CSU 169 248. Hinzu kämen noch 156 000 Angehörige der Jungen Union, der Sozialausschüsse und der Mittelstandsvereinigung, die nicht zugleich Mitglied der CDU oder CSU seien. Geißler teilte mit, daß die Zahl der SPD-Mitglieder, die zwischen 1976 und 1978 über der

Millionengrenze lag, Ende letzten Jahres auf 998 000 zurückgegangen ist.

Für 5 %-Klausel in Gemeinden

„Der Mensch muß wieder allein im Mittelpunkt der Politik stehen, nicht aber ein mehr oder weniger perfektionistisch funktionierender Staats- und Behördenapparat!“ Diese Forderung erhob der bayerische Innenminister Tandler als Gastredner bei dem in Wolfenbüttel abgehaltenen Parteitag des Landesverbandes Braunschweig.

Die 230 stimmberechtigten Delegierten hörten außer dem Gast aus Bayern auch den niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht und verabschiedeten in der viereinhalbstündigen Veranstaltung 20 teilweise kontrovers diskutierte Anträge zu kommunalen und regionalen, aber auch zu landes- und bundespolitischen Anliegen. Dazu gehörte die an Landtag und Landesregierung gerichtete Forderung, in das niedersächsische Kommunalwahlgesetz die Fünf-Prozent-Klausel einzubauen, um zu verhindern, daß Minigruppen die Arbeit der kommunalen Parlamente blockieren.

Der von etwa 400 Parteitagsteilnehmern mit stürmischem Beifall — wie später auch Niedersachsens Ministerpräsident — begrüßte bayerische Innenminister leitete nach einem kritischen Rückblick auf den Berliner SPD-Parteitag („Die Kanzlerpartei folgt Schmidt nur teilweise und widerwillig!“) seine Rede mit dem Hinweis ein, die Bundestagswahl 1980 werde von der Partei gewonnen werden, die der Bevölkerung glaubwürdig machen könne, daß sie in der Lage ist, die Zukunftsaufgaben zu meistern. Im Zusammenhang damit stellte Tandler in Frage, ob die gegenwärtige Bundesregierung gewillt und in der Lage sei, die äußere wie innere Sicherheit

der Bundesrepublik zu gewährleisten. Der bisherige Landesvorsitzende Ernst-Henning Jahn, MdL, Wolfenbüttel, und seine beiden Stellvertreter Dr. Rudolf Sprung, MdB, Goslar, und Joachim Clemens, Braunschweig, wurden mit großer Mehrheit wiedergewählt.

CDU will Auskunft über den Fluglärm

Die CDU/CSU-Fraktion hat eine Kleine Anfrage zum Stand der Fluglärmbekämpfung im Bundestag eingebracht. Die bisher von der Bundesregierung unternommenen Schritte sind für Millionen vom Fluglärm hart betroffener Bürger „sehr unbefriedigend“, heißt es in der Begründung.

Bundespräsident will Fairneß im Wahlkampf wahren

Bundespräsident Karl Carstens hat seinen Appell für einen fairen Wahlkampf mit der Ankündigung unterstrichen, daß er Diffamierung nicht tatenlos hinnehmen werde. In einem Interview mit der Kölner Wirtschaftszeitung „Aktiv“ erklärte Carstens: „Sollte der Wahlkampf in persönliche Herabsetzung des politischen Gegners abgleiten, so werde ich nicht zögern, ein mahndendes Wort zu sprechen.“

Revier leidet unter der Regierung Rau

Mit ihrer Absicht, keine weiteren Kernkraftwerke in Nordrhein-Westfalen bauen zu wollen, gefährdet die Regierung Rau nach Ansicht Heinrich Köpplers nicht nur die Sicherheit der Energieversorgung, sondern sie verhindert auch die Entwicklungschancen des Ruhrgebiets. Nach Köpplers Überzeugung liegt die Zukunft des Reviers in den neuen

Technologien. Das Ruhrgebiet müsse deshalb die „Kraftwerksschmiede Europas“ werden. Der Verbund von Kohle und Kernkraft solle dort nicht nur entwickelt und angewendet, sondern vom Revier aus auch in alle Welt exportiert werden.

Scharfe Kritik übte Köppler auch am Ruhrgebiets-Programm der NRW-Landesregierung. Die Probleme des Reviers seien nicht in erster Linie mit zusätzlichen öffentlichen Geldern zu lösen. Sie seien vorwiegend durch administrative Hindernisse, regionale Bürokratie und ihre Verfilzung, unkalkulierbare Rechtsunsicherheit und unrealistische Normen entstanden. Die zur Verbesserung der Lebensbedingungen nötige Entflechtung von Wohn- und Industriegebieten sei nie systematisch in Angriff genommen worden, die Ansiedlung neuer Betriebe habe man zu spät forciert und die strukturellen Probleme des Reviers jahrelang verniedlicht.

CDU-Freunde in England schließen sich zusammen

In Großbritannien hat sich eine Vereinigung der „Freunde für die Wahl eines CDU/CSU-Kanzlers“ gebildet. Ihre Mitgliedschaft nähert sich der Zahl 500. Der Freundeskreis, dem zum großen Teil in Großbritannien seßhafte, aber in der Bundesrepublik Deutschland noch wahlberechtigte frühere Deutsche angehören, beabsichtigt, einige Tage vor der Bundestagswahl 1980 geschlossen ins Bundesgebiet zu kommen und für die CDU/CSU zu werben. Jedes Mitglied hat sich dabei verpflichtet, mindestens 4 zusätzliche Wähler für die Union zu gewinnen. Zur Zeit bemüht sich der Freundeskreis um die Anwerbung weiterer Mitglieder und erörtert die in der Bundesrepublik Deutschland anstehenden politischen Probleme. Die

CDU begrüßt diesen Sympathiebeweis aus einem Lande, das sich erst kürzlich selbst von einer sozialistischen Regierung befreit hat.

Schüler-Union will wissen, „was Sache ist“

Die Schüler-Union hat in Bonn eine große Umfrage gestartet. Unter dem Motto „Sagen, was Sache ist!“ wurden rund 300 000 Fragebögen an die Kreisverbände und Basisgruppen der Organisation im ganzen Bundesgebiet verschickt. Von dort werden sie an die Schüler verteilt. Wie der Bundessprecher der Schüler-Union, Christian Wulff (Osnabrück), mitteilte, soll eine erste Auswertung der Rückläufe noch im Februar stattfinden.

Dieser erste bundesweite Fragebogen zur Situation der Schüler will dafür sorgen, daß der Schülerwille bei den Kultusministern der Länder mehr Berücksichtigung findet und Maßnahmen zur Beseitigung von Mißständen ergriffen werden.

Werra und Weser durch DDR versalzen

Der CDU-MdB Wilfried Böhm hat im Zusammenhang mit der Diskussion, wie die Salzbelastung der Flüsse Werra und Weser verringert werden kann, vor einem „Milliardening auf Kosten der deutschen Steuerzahler“ gewarnt. Er verwies auf Überlegungen, für rund 1,3 Milliarden Mark eine Salzlaugen-Pipeline zu bauen, um jährlich rund zehn Millionen Tonnen Abfallsalze von DDR-Kaliwerken in die Nordsee zu leiten. Diese Kosten sowie die pro Jahr für die Unterhaltung der Pipeline erforderlichen 13 Millionen Mark seien nach dem Verursacherprinzip allein von der DDR zu tragen, erklärte der Unionspolitiker.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÖHR BEZAHLT

■ ZITAT

Détente — nie hat es sie gegeben

Man muß nur sehen, wie westliche Regierungen sich angestrengt gegenseitig versichern, die sowjetischen Führer handelten nur „wie die Zaren“, indem sie Afghanistan als ihre „traditionelle Einflußsphäre“ betrachten. Damit verdreht der Westen absichtlich Ereignisse, die in Wirklichkeit Kapitel einer Weltrevolution sind.

In seinem Buch „Mein Kampf“ erklärte Hitler eindeutig seine Weltvorstellungen und seine Absichten. Trotzdem brüteten in den 30er Jahren intelligente Leute darüber, was er „in Wirklichkeit“ meine. Seit 62 Jahren ist der Leninismus die Religion der Sowjetunion, die im Kampf um die Welt die Unvermeidlichkeit eines tödlichen Konflikts mit den „bourgeoisien“ Gesellschaften lehrt.

Wir werden von Leuten regiert, die immer wieder Gründe dafür finden, daß die Sowjets eigentlich nicht meinen,

was sie sagen. Oder genauer: die sich darauf verlassen, daß die Sowjets nur das im Sinn haben, was sie auf Gipfelkonferenzen sagen.

Was Carter die „anerkannten internationalen Regeln“ nennt, könnten etwa „die Prinzipien der Détente“ sein, die auf dem Gipfel von 1972 unterzeichnet wurden.

Jedoch: Im Jahre 1973, noch ehe die Tinte richtig trocken war, stachelten die Sowjets den Jom-Kipur-Krieg an und finanzierten ihn. Im Jahre 1974 gingen sie daran, die „Friedens“-Vereinbarungen über Vietnam zu zerreißen. 1975 schickten sie ihre kubanischen Söldner nach Angola. 1978 schickten sie ihre eigenen Berater nach Äthiopien, darunter einen General. Im Dezember 1979, als die Rote Armee in Afghanistan einmarschierte, merkte dann sogar die US-Regierung, daß mit der Détente irgend etwas nicht stimmen könne.

In der „Washington Post“ hieß eine Schlagzeile „Détente ist tot“. Doch die Amerikaner werden die Lektionen der 70er Jahre erst dann verstehen, wenn ihnen klar ist, daß Détente eigentlich nie gelebt hat.

George F. Will in der „Washington Post“, zitiert in „Die Welt“, 11. Januar 1980.

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. Verlag: Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. Vertrieb: Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

U*i*D